

Kandidatencheck der AG Migration und Vielfalt



Michael Müller



Jan Stöß

1. Was heißt für Dich Integration?

Drei Adjektive beschreiben am besten was ich damit verbinde: gegenseitig – eigenverantwortlich – verbindend. Gegenseitig heißt für mich: Integration ist keine Einbahnstraße. Jeder muss sich irgendwann in seinem Leben in einer fremden Umgebung zurechtfinden und sich dort einbringen. Integration ist keine Bringschuld von MigrantInnen oder junger Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, sondern immer ein gegenseitiger Prozess. Eigenverantwortlich bedeutet: das Grundverständnis von Gemeinschaft und die Akzeptanz vorhandener Werte muss bei jedem selbst vorhanden sein. Politik und Zivilgesellschaft sind aber verpflichtet, bestmögliche Unterstützung zu leisten und ein Klima zu schaffen, in dem Menschen aus anderen Herkunftsländern sich wohl und angenommen fühlen. Verbindend heißt für mich: Genauso wie Integration keine Einbahnstraße ist, ist sie kein Selbstzweck. Wer seine Kultur, Religion und Traditionen in die sogenannte Mehrheitsgesellschaft einbringt, der bereichert diese immens. Vielfalt als Chance zu begreifen, Integration aus sozialer Sicht zu betreiben und eine inklusionsorientierte Gesellschaftspolitik voranzubringen – das ist unsere Aufgabe.

Der Begriff Integration steht im öffentlichen Diskurs für das Bild, dass zugezogene Menschen sich in eine vorhandene homogene Gesellschaft einfügen sollen. Dieses Bild ist nicht zeitgemäß. Weder gibt es ein homogenes Etwas worin man sich „integrieren“ könnte, noch ist dies meine Vorstellung davon, wie unsere Gesellschaft funktionieren sollte. Wenn wir von Integration reden, dann geht es meiner Meinung nach darum, dass wir allen hier lebenden Menschen Ein- und Aufstiege in unserer Gesellschaft ermöglichen. Es ist also eine soziale Frage, die es für alle Politikbereiche – Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Politik, etc. – zu beantworten gilt. Und das ist und war schon immer sozialdemokratische Kernkompetenz.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, progressiv der Mitgliedschaft zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen.

Hier würde ich Einspruch erheben. Mein Eindruck ist, dass das Thema durchaus als sehr präsent und wichtig innerhalb der Berliner SPD wahrgenommen wird. Dies verdeutlicht auch die große Mitgliedschaft innerhalb der AG Migration und Vielfalt. In die Partei gerichtet kann das Thema noch intensiver z.B. über Mitgliederbriefe, die Berliner Stimme oder auch den Vorwärts kommuniziert werden. Aber auch über das geschriebene Wort hinaus, muss der lebendige Dialog ermöglicht werden – z.B. mit Mitgliederforen, die in jedem einzelnen der zwölf Bezirke stattfinden können. In elf Bezirken gibt es ja bereits die AG Migration. Zusammen könnten Themen aufgegriffen werden, die in den Kiezen von Bedeutung sind. Gemeinsam mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Initiativen, Bündnissen und Migrantenselbstorganisationen würde sich dann dieser Dialog an die SPD-Mitglieder und an eine interessierte Öffentlichkeit wenden.

Erstens: Vielfalt können wir nur aufwerten, wenn wir als SPD in unserer Zusammensetzung das Spiegelbild der Gesellschaft abbilden. Vielfalt in allen Facetten: Geschlecht, Herkunft oder andere Dimensionen. Und zweitens wenn wir uns der Kontroverse auch richtig stellen. D.h. auch die Skeptiker mit ins Boot zu holen und auch mal Themen anzusprechen, die wirklich mal angesprochen werden müssen: Probleme seitens der sogenannten Mehrheitsgesellschaft wie Rassismus und Diskriminierung. Darüber hinaus will ich aber auch über Herausforderungen unserer multikulturellen Gesellschaft reden und nicht die Augen davor verschließen. Zusammengefasst: Vorleben was wir als Partei predigen und offen den Diskurs suchen und nicht aus Angst vor Stimmverlust kneifen.

3. Was sind die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft Berlin und Deutschland aus Deiner Sichtweise?

Auch hier nenne ich drei gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen: 1.) die zunehmende **Ablehnung** von vermeintlich „Fremdem“ aus der Mitte der Gesellschaft heraus. – Sie gefährdet das Zusammenleben in unserer Stadt und in unserem Land. Vorurteile werden von Generation zu Generation weitergegeben. Diesen Kreislauf zu durchbrechen, bleibt eine Daueraufgabe – nicht nur für die SPD allein. Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Islamophobie müssen mit

Die zentrale Herausforderung ist die Fragestellung, die wir als Sozialdemokratie in unserer Geschichte immer versucht haben, zu beantworten: die Verteilungsfrage. Was wir an Konflikten in unserer Gesellschaft oft erleben, ist das Resultat, dass wir nicht die richtigen bzw. überhaupt keine Antworten finden. Hier müssen wir strukturelle Hürden in der Bildung, im Arbeitsleben, in der Wirtschaft, in der Politik, in der Verwaltung usw. abbauen. Das ist dann manchmal nicht einfach zu thematisieren, wie

demokratischen Mittel bekämpft werden. 2.) Zugänge zu **Bildung**, qualifizierten Abschlüssen und Karrieren in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. – Ohne Bildung verringern sich die Chancen für ein eigenbestimmtes Leben. Unser Schulsystem ist durch unsere Bildungspolitik schon durchlässiger geworden. Die Schulstrukturreform ist das wichtigste integrationsstützende Gesetz. Aber: bei der stärkeren individuellen Betreuung der Kinder und unterstützender Begleitung der Eltern müssen wir noch nachlegen. Hier sind der Politik zum Teil Grenzen gesetzt und ohne zivilgesellschaftliches Engagement kann diese Aufgabe nicht effektiv angegangen werden. 3.) Ein starkes Selbstbewusstsein der einzelnen **Communities** fördern. - Denn: Jede hat – trotz vieler gemeinsamer Erfahrungen – ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Probleme. Hier den Austausch innerhalb der Communities zu stärken und als „Mehrheitsgesellschaft“ von diesen Erfahrungen zu profitieren, sollte auf die Agenda der SPD Berlin gehören. Denn nur gemeinsam gestalten wir die Stadtgesellschaft.

4. *Wir haben bei unserer Mitgliederversammlung am 23. April einen Antrag zum Flughafenverfahren beschlossen, in dem wir eine aktivere Rolle der SPD Berlin gegen den „Abschiebeknast“ am Flughafen in Schönefeld fordern, der den Namen Willy Brandts tragen wird, der selbst ein Flüchtling war. Wie siehst Du die Problematik? Wie willst Du mit der SPD ein Zeichen gegen das Flughafenverfahren setzen?*

Hier sind uns rechtlich leider stärker die Hände gebunden, als es mir persönlich lieb ist. Ich würde gerne auf eine solche Einrichtung verzichten. Für den Flughafen in Schönefeld ist es wohl schon zu spät, aber als Gesamt-SPD müssen wir druckvoll nachsteuern und uns endlich für eine humanere und gerechtere Flüchtlingspolitik einsetzen. In Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion sollte konkret das EU-Recht umgesetzt werden. Dieses widerspricht zum Teil der deutschen Rechtsauffassung.

man sieht, wenn die Gemüter hochkochen, wenn es um Quoten im Gleichstellungsbereich geht.

Des Weiteren scheint es von zentraler Bedeutung zu sein, als Gesellschaft einen Erkenntnisprozess durchzumachen und zu verstehen, dass das Deutschsein nicht von der Hautfarbe, dem Namen oder der Herkunft der Eltern abhängt. Berlin ist da glücklicherweise viel weiter als andere Teile der Republik, was wir z.B. mit unserem Partizipations- und Integrationsgesetz oder personell u.a. mit Dilek und Raed bewiesen haben, aber auch wir sind noch nicht am Ziel angekommen.

In der Tat ist es schwer für einen Sozialdemokraten das Flughafenverfahren, was ein Resultat des Nazi-Terrors Anfang der 90er Jahre und des darauf folgenden Asylkompromisses war, zu akzeptieren. Aufgrund der Verfolgungsgeschichten im Nazi-Deutschland wissen wir gerade als Sozialdemokratie den Wert von Asyl zu schätzen. Diesen Standpunkt müssen wir unmissverständlich auch deutlich machen, indem wir z.B. die Bundesratsinitiative, die auf dem Landesparteitag thematisiert werden wird, voranbringen. Da ist der Hinweis auf den

Koalitionspartner dann auch völlig egal. Schließlich sind wir der große Partner. Was die Verhinderung im konkreten Fall angeht, bin ich leider skeptisch. Hier spielt das Bundesgesetz eine Rolle. Verzögerungen und Probleme beim Bau könnten aber die Umsetzung verzögern. Worauf es ankommt ist, dass wir – solange es das Verfahren gibt – die Umstände für die Zuflucht suchenden so gut wie möglich gestalten.

5. Unsere AG ist in ihrer Form bundesweit einzigartig und Vorreiter für die Bundes-AG, die auf dem Bundesparteitag im Dezember beschlossen wurde. Welchen Stellenwert hat die AG Migration und Vielfalt für Dich? Wie stellst Du Dir die Zusammenarbeit vor? Und wie willst Du die inhaltlichen Kompetenzen der Landesarbeitsgemeinschaften in die Willensbildungsprozesse unseres Landesverbandes einbeziehen?

Einen hohen! Ich bin stolz darauf, dass Berlin hier absoluter Vorreiter ist und Maßstäbe setzt. Das ist nicht selbstverständlich, denn auch in anderen deutschen Metropolen treffen zahlreiche verschiedene Kulturen aufeinander. Die Gründung der AG Migration ist damals aus einem tiefen Bedürfnis heraus entstanden, nach außen zu wirken und auch in die SPD hinein mit ihren Zielen und Vorstellungen aufzuklären. In den letzten zwei Jahren wurde hier unglaublich viel erreicht! Dies ist nicht zuletzt auch Ülker Radziwill und ihrem Team zu verdanken, die die Strukturen aufbauten und Themenschwerpunkte setzten. Nicht nur gehören viele Mitglieder im Landesvorstand der AG Migration an, auch hat Berlin mit Dilek Kolat eine Senatorin, die integrationspolitische Ziele und Ansprüche glaubhaft vertreten kann und mit Rahed Saleh einen engagierten Fraktionsvorsitzenden. Die Fachkompetenz der AG Migration und der weiteren LAGs ist für unsere Arbeit unentbehrlich. Es ist klar: Diese Kompetenz muss eine wirksame Stimme in den Gremien erhalten und diese Kompetenz muss anhand von Positionspapieren und Einzelpersonen stärker nach außen getragen werden.

Ich glaube Berlin hat gezeigt, dass es gut ist, diese AG zu haben. Nicht nur für die Zielgruppenansprache, sondern auch als geschützter Bereich, in dem Themen angesprochen werden, die sonst mal schnell runterfallen und wo sich Netzwerke bilden können, die in den bisherigen Strukturen nicht abgebildet wurden. Da die Themenkomplexe der AG als Querschnittsaufgaben in allen Themenfeldern mitspielen, will ich mit dafür sorgen, dass die AG – wie auch z.B. die ASF – nicht nur in ihren vermeintlichen Kernthemen gehört wird. D.h. Beteiligung in inhaltlichen Projektgruppen zu speziellen Themen wie das Thema Mieten, aber auch bei organisatorischen Fragen wie der Mitgliederwerbung.

6. Die Sozialdemokratie hat vernachlässigt, in Ihrer Führung die Vielfalt der Gesellschaft wider zu spiegeln. Was willst Du konkret dafür tun, dass sich die Vielfalt der pluralen Gesellschaft der Einwanderungsstadt Berlin angemessener in der Berliner SPD - auf allen Ebenen und in allen Gremien, namentlich im Landesvorstand und dem GLV - abbildet.

Im Landesvorstand besteht bereits ca. 15% Menschen mit einem Migrationshintergrund/ Zuwanderungsgeschichte. Das ist der Schnitt, der bundesweit gefordert, aber leider noch nicht überall umgesetzt wird. Ich halte den Vorschlag der AG Migration und Vielfalt für gut und richtig, um unsere plurale Gesellschaft in allen Gremien entsprechend abzubilden.

Mein Vorschlag für den Geschäftsführenden Landesvorstand orientiert sich an den Nominierungen der Kreise, ich finde, dass man die auch respektieren muss. Auch ich habe es aber durchaus bedauert, dass hier keine Person mit Migrationshintergrund nominiert wurde. Im Gegensatz zu meinem Mitbewerber habe ich aber überhaupt einen Vorschlag gemacht, mit dem sich die Partei auseinandersetzen kann - das ist eben keine One-Man-Show.

Wichtig ist aber auch das Gesamtbild des Vorstandes, hier sollten wir den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund weiter erhöhen. Aber auch im Parteikonvent und bei den Bundesparteitagsdelegierten - wo seit langem niemand mit Migrationshintergrund aus Berlin vertreten ist - sollten wir die Vielfalt unserer Stadt einbringen. Ich werde entsprechende Vorschläge befördern und unterstützen.

7. Das Problem der mangelnden Vielfalt stellt sich leider auch in unserer Mitgliedschaft. Welche konkreten Projekte willst Du hier organisatorisch entwickeln?

Über die Arbeit der AG Migration und Vielfalt wurden bereits viele Neumitglieder gewonnen. Das ist auch ein Zeichen für eure erfolgreiche Arbeit! Diese Anziehungs- und Strahlkraft würde ich gerne intensivieren, in dem engagierte Genossinnen und Genossen noch stärker in die tagesaktuelle Arbeit der Partei eingebunden werden und – so Sie daran Interesse haben – für die sozialdemokratische Politik in anderen Initiativen und Bündnissen werben.

Darüber hinaus könnte zum Beispiel eine kleine Projektgruppe gegründet werden, die sich aus FachexpertInnen der Bereiche Integration/

Auf der einen Seite müssen wir Vorbilder präsentieren. Wie Dilek, Raed und viele weitere Mandatsträgerinnen und -träger. Hier will ich mitwirken, dass der positive Berliner Trend vom Landesvorstand unterstützt wird. Auf der anderen Seite müssen wir bei der Mitgliederwerbung und auch in unserer generellen inhaltlichen Ansprache eine andere Sprache sprechen. Nicht nur im wahrsten Sinne des Wortes, sondern auch generell bezogen auf den Sprachgebrauch in der Gesellschaft und in den unterschiedlichen Schichten. Und ganz wichtig ist es, dass wir dorthin gehen, wo die

Zivilgesellschaft/ Arbeit und Bildung zusammensetzt + kombiniert wird mit aktiven Öffentlichkeitsarbeitern. Dieses kleinere Expertengremium ist dann dafür zuständig Ideen und Forderungen zunächst in die AG Migration und Vielfalt und dann in den Landesvorstand zu tragen. Dieser würde sich dazu bereit erklären, die Vorschläge anzuhören, zu diskutieren und die Umsetzung planerisch zu begleiten. Themen könnten dann z.B. sein: Mitgliederwerbung, Zeigen von Best-Practice-Beispielen im Integrationsbereich, Aufzeigen, dass Defizitorientierung nur zu weiteren Defiziten führen kann und diese Sichtweise nicht der Realität entspricht (u.a. durch Kampagnen).

Voraussetzung für diese und weitere Ideen ist jedoch, dass das Engagement dazu aus der AG Migration und Vielfalt selbst heraus geboren wird. Zum einen, um innerhalb der AG Akzeptanz zu finden und zum anderen, um auch glaubwürdig nach außen auftreten zu können.

Menschen sind. Die Hürde einfach mal so in eine Parteizentrale oder in ein Parlament zu gehen, verlieren wir oft aus den Augen, weil es für uns selbstverständlich ist.

8. Wie stehst Du zum Thema Einführung einer Quote für Menschen mit Migrationshintergrund in Parteigremien und bei Nominierungen für Mandate, die sich am Bevölkerungsanteil orientiert? Wie sollte dieses Thema auf Bundesebene weiterentwickelt werden und wie würdest Du Dich konkret dafür einsetzen? Wie stehst Du der Idee gegenüber, dass unsere LAG vom GLV beauftragt wird, Vorschläge für die interkulturelle Öffnung der Partei zu erarbeiten und auch Ressourcen dafür bereitzustellen?

a) Ich plädiere dafür diese Regelung nicht allein per Vorstandsbeschluss einzuführen, sondern z.B. per Mitgliederbefragung oder in Dialogforen zu diskutieren. So würde auch die breite Akzeptanz innerhalb der Partei sichergestellt werden.

b) Jeder Landesvorsitzende hat die Möglichkeit sich hier mit Initiativen und Leitträgen einzubringen. Diese würde ich – mit eurer Unterstützung – auf Bundesebene voranbringen. Die AG Migration muss noch stärker als in der Vergangenheit in die Entwicklung unseres Wahlprogramms eingebunden werden.

Generell finde ich es richtig und wir müssen schrittweise dazu kommen, die gesellschaftlichen Verhältnisse auch in der Sozialdemokratie abzubilden. Wie gesagt, trifft das dann auch alle Eigenschaften und nicht nur den Migrationshintergrund. Was aber nicht sein darf, dass man über eine 15% Quote redet, eine Absichtserklärung beschließt und diese dann nicht einhält – so auf dem Bundesparteitag geschehen. Wir müssen darauf achten, dass wir kein Vertrauen verspielen. Konkret würde ich gerne eine verlässliche Datenbasis erheben. Woher kommen die 15%? Vielleicht könnte man hier eine freiwillige Abfrage in der Mitgliedschaft

c) Wie ich es oben schon beschrieb: Ohne Eure Fach- und Alltagskompetenz, ohne Eure Sensoren und Eure Erfahrungen können wir nur halb so gut Politik für Berlin gestalten, wie wir es wollen. Insofern würde ich diese Initiativen sehr begrüßen und auch selbst voranbringen. Jedoch muss auch klar sein, dass alle LAGs in Berlin die gleichen Einflussmöglichkeiten und Ressourcen erhalten müssen.

machen. Den Weg über eine weiche Quote, eine Absichtserklärung finde ich persönlich sehr charmant, aber dann müsste man sich bei nicht Einhaltung dazu äußern, rechtfertigen und auch erklären müssen, wie man es zukünftig ändern will.

Das wir bei der interkulturellen Öffnung noch etwas mehr machen können und in den letzten Jahren nicht wirklich aktiv in diesem Feld gearbeitet haben, ist sicher richtig. Ich würde mich über Vorschläge und eine aktivere Rolle der AG freuen.